

Mehr als 20 Prozent

AUSLÄNDER / Erstmals seit Anfang der 90er-Jahre sind 2001 wieder markant mehr Ausländer in die Schweiz eingewandert.

ap. Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz erreichte Ende 2001 einen Stand von 7 258 500 Personen. Das waren 54 500 Personen oder 0,8 Prozent mehr als im Vorjahr mit plus 0,6 Prozent. Der Zuwachs ergab sich sowohl aus einem Geburtenüberschuss als auch einem Einwanderungsüberschuss. Letzterer lag mit 47 500 Zuzüglern markant höher als im Vorjahr, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Dienstag mitteilte. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung umfasste somit Ende 2001 1 459 100 Personen, was gegenüber dem Vorjahr einem Zuwachs von 2,4 Prozent entspricht. Im Vergleich zum Jahr 2000, als die Zahl der Ausländer um 1,3 Prozent zunahm, bedeutete dies eine markante Zunahme, die Marc Reichle von der Sektion Bevölkerungsentwicklung im BFS auf Anfrage hauptsächlich mit der relativ guten Wirtschaftsentwicklung erklärte. Die Ausländerquote stieg damit auf 20,1 Prozent, verglichen mit 19,8 Prozent im Jahr 2000 und 19,6 Prozent im 1999. Den bisher höchsten Ausländerzuwachs (plus 5,8 Prozent) hatte das BFS 1991 registriert, bevor die Rezessionsjahre einsetzten, in denen das jährliche Einwanderungswachstum bis 1999 deutlich abgeschwächt war.

Familiäre Gründe waren auch im letzten Jahr Hauptursache für die Einwanderung ausländischer Staatsangehöriger. Direkten Bezug zum Arbeitsmarkt hatten 26,0 Prozent der Einwanderungen, während die übrigen rund 32,6 Prozent Einreisen beispielsweise wegen eines Studiums oder aus humanitären Gründen erfolgten.

Anti-Rassismus-Giesskanne

PRÄVENTION / Der Bund hat im letzten Jahr 40 Anti-Rassismus-Projekte mit insgesamt 2,3 Millionen Franken unterstützt – von Anlaufstellen über Lehrmittel bis zu Theaterprojekten. Das Geld stammt aus dem neuen Fonds gegen Rassismus und für Menschenrechte.

JÜRIG SOHM

Zum Beispiel SOS Racisme in Lausanne: Unter der Gratisnummer 0800 55 44 43 finden jene ein offenes Ohr, die Opfer oder Zeugen von rassistischen Vorfällen geworden sind. Zwischen 15- und 30-mal am Tag gibt das kleine Lausanner Team am Telefon Auskunft. Ein bis zwei dieser Anrufe führen zu vertieften Abklärungen und in den allermeisten Fällen zu Schlichtungsversuchen. Nur in einem Prozent aller Fälle würden strafrechtliche Schritte unternommen, sagt Karl Grünberg von der «Association romande contre le racisme» (Acor), die SOS Racisme betreibt. Dennoch geht es bei den Anrufen meist um weit mehr als um Bagatellen: Bis die Opfer endlich den Griff zum Telefon wagen, sind sie laut Grünberg oft monatelangen Erniedrigungen, beispielsweise durch Arbeitskollegen oder Nachbarn, ausgesetzt. Die Organisation ist die einzige zentrale Auskunftsstelle zu rassistischer Diskriminierung in der Schweiz. Und sie ist bisher nur auf die Romandie beschränkt. Mehr zu leisten wären die vier Personen, die sich in 2,6 bezahlte Stellen teilen, auch gar nicht im Stande. Unterstützt wird die Stelle unter anderem von den Kantonen Genf und Waadt, von der Westschweizer Lotterie und von der Stadt Lausanne.

Doch letztes Jahr gab es erstmals auch Geld vom Bund. SOS Racisme ist eines von insgesamt 40 Projekten, die aus dem neu geschaffenen Fonds gegen Rassismus und für Menschenrechte finanzielle Unterstützung erhalten haben. Als Folge des Flüchtlingsberichts der Bergier-Kommission



Claudia Kaufmann, die Generalsekretärin des Departements des Innern, verspricht sich von der Unterstützung der Anti-Rassismus-Projekte eine «Anschubfunktion».

KEYSTONE

hatte der Bundesrat vor einem Jahr beschlossen, mit dem Fonds ein Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen. In den Jahren 2001 bis 2005 sind insgesamt 15 Millionen Franken für Bildungs- und Präventionsprojekte sowie zum Auf- und Ausbau von Anlauf- und Beratungsstellen reserviert. Im ersten Jahr hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) den 40 Projekten total 2,3 Millionen Franken zugesagt, wie EDI-Generalsekretärin Claudia Kaufmann gestern vor den Medien sagte. Der Bedarf sei mit 175 eingegangenen Projekten und einem Volumen von 13 Millionen Franken indes weit höher gelegen.

Im Kanton Bern wird unter anderem das neue Oberstufen-Lehrmittel «Achtung Verachtung» unterstützt, das Jugendliche mit verschiedenen Unterrichtsmaterialien für die Themen Rassismus und Rechtsextremismus sensibilisieren will («Bund» vom 27.12.01). Unterstützung erhalten weiter das Theaterprojekt «amtlich geduldet», der Berner Jugend-Zukunftsrat und die Veranstaltung «klartext – Jugendkultur gegen Rassismus».

«Anschubfunktion»

Auffällig wenig Gesuche waren aus der Ost- und der Zentralschweiz sowie dem Tessin eingegangen. Ausgerechnet dort ist das

insgesamt lückenhafte Schweizer Hilfsnetz besonders schlecht geknüpft, wie die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus Anfang Monat festgestellt hat. Nicht von ungefähr hat der Bundesrat bestimmt, einen Viertel der Fondsgelder für den Aufbau eines landesweiten Netzes von Beratungsstellen für Opfer rassistischer Diskriminierung und für Hilfe in Konfliktsituationen zu reservieren. Ob das Geld aus der Fonds-Giesskanne dazu genügt, ist fraglich. Doch Claudia Kaufmann verspricht sich davon eine «Anschubfunktion» mit dem Ziel, dass sich Kantone und Gemeinden in Zukunft mehr engagieren als heute.

KURZ BERICHTET

TAG DER FRAU

Fete

sda. Unter dem Motto «Wir Frauen sind Weg-weisend» steigt am 8. März im Bundeshaus ein Fest zum internationalen Tag der Frau. Nationalratspräsidentin Liliane Maury Pasquier hat mehrere Hundert Gäste geladen.

DATENSCHUTZ

Kein Dilemma

ap. Der Eidgenössische Datenschutzbeauftragte, Hanspeter Thür, sieht kein Dilemma zwischen Datenschutz und Preisüberwachung. Er sei nie gegen die Publikation von Taxpunktwerten und Preisen gewesen, teilte Thür am Dienstag mit. Preisüberwacher Werner Marti hatte den Eindruck erweckt, dass Konsumentenpreise aus Datenschutzgründen nicht veröffentlicht werden dürften.

SCHWEIZ - ISRAEL

Verstimmung

bin. Der israelische Botschafter Yigal Antebi hat sich bei Bundesrat Joseph Deiss beklagt, ein EDA-Communiqué nach seinem Treffen mit Staatssekretär Franz von Däniken habe den Inhalt des Gesprächs nicht korrekt wiedergegeben. Laut EDA-Communiqué hatte von Däniken seiner «lebhaften Sorge» über die Eskalation der Gewalt im Nahen Osten Ausdruck gegeben.

GENFER KONVENTIONEN

Welt-Appell

sda. Der Nationalrat soll alle Länder aufrufen, auch und besonders im Kampf gegen den Terrorismus die Genfer Konventionen zu achten. Seine Aussenpolitische Kommission legt ihm mit 9 zu 4 Stimmen eine Erklärung vor. Die USA wollen die Genfer Konvention nicht auf die in Guantanamo festgehaltenen mutmasslichen Mitglieder des Terror-Netzwerks Al-Qaida anwenden.